



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Bewirtschaftung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Haltung der Bischofskonferenz Stellung zu nehmen, die in der am 11.09.2024 vorgestellten Studie „Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung“ zum Ausdruck kommt.

Insbesondere wird sie aufgefordert

- darzulegen, wie hoch der landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundbesitz der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern ist (nach Diözesen getrennt),
- offenzulegen, wieviel EU-Ausgleichszahlungen die Kirche bzw. ihre Pächter pro Jahr seit 2013 erhalten haben und wie hoch die sonstigen Subventionen sind, die auf kirchliche Flächen entfallen,
- darzulegen, welche Erkenntnisse sie über die Art der Bewirtschaftung der im kirchlichen Besitz befindlichen Flächen hat und auf wieviel Euro pro ha sich die durchschnittliche Pacht beläuft.

Die Staatsregierung wird ferner dazu aufgefordert, sich gegenüber den Kirchen dafür einzusetzen, dass diese sich an die eigenen Bewirtschaftungsvorgaben halten, die in der Studie zum Ausdruck kommen.

Begründung:

Die Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik der Bischofskonferenz hatte in ihrem in München am 11.09.2024 vorgestellten Papier unter anderem ein Umsteuern in der Agrarpolitik hierzulande und weltweit gefordert. Sie hat u. a. auch auf die Agar-Förderpolitik Bezug genommen. Ein verengtes Verständnis von Effizienz habe zu einer problematischen Förderpolitik beigetragen, die teuer, sozial unausgewogen und nicht zukunftsfähig sei. Die nicht nachhaltigen Subventionen müssten beendet und u. a. sogenannte ökosystemare Dienstleistungen angemessen honoriert werden.

Landwirte in Europa und weltweit müssten in die Lage versetzt werden, das Land „gemeinwohlfähig“ zu nutzen.

Die Studie enthält auch einen Vorschlag zu einer Quotierung bei Tierhaltung, Grünland und Feuchtkulturen, denn Böden seien nicht nur Ressource, um Lebensmittel zu produzieren und die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung zu sichern. Sie müssten in Zeiten des Klimawandels auch CO₂ binden, bei Flutkatastrophen Wasser aufnehmen und die Biodiversität erhalten.

Über dieses Thema berichtete auch BR24 im Radio am 11.09.2024 um 20:08 Uhr.

Diese Agrar-Studie der Deutschen Bischofskonferenz stößt vielen Bauern sauer auf – einige denken über den Kirchenaustritt nach. Der Eichstätter BBV-Kreisobmann Johannes Scharl nennt das Papier „unsachlich“. „Wenn nun gemeinwohlorientierte Förderpolitik in den Mittelpunkt gerückt wird, wird so getan, als hätten die bäuerlichen Familienbetriebe bei uns in den vergangenen Jahrzehnten nicht nachhaltig gewirtschaftet.“ Fehlentwicklungen seien korrigiert worden.

Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber kritisiert Vorschläge der Deutschen Bischofskonferenz zur Landwirtschaft, bei denen es auch um mögliche Nutzungsvorgaben geht. Die in einer Studie präsentierten Forderungen der Bischöfe nach einer gemeinwohlorientierten Landnutzung seien für manche Regionen dieser Welt richtig und wichtig: „Für falsch halte ich es allerdings, alle Bäuerinnen und Bauern per se unter Generalverdacht zu stellen.“

„Bäuerliche Landwirtschaft ist gelebte Nachhaltigkeit im Sinne des Schöpfungsgedankens“, Staatsministerin Michaela Kaniber vermisse auch eine differenziertere Betrachtungsweise der Landwirtschaft, die von Land zu Land sehr unterschiedlich betrieben werde.

Die Sachverständigen heben auch die Rolle der Kirchen hervor. Der Augsburger Bischof Bertram Meier, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, betont, „dass auch der Globus uns allen gehört und dass nicht nur einige wenige das Privileg haben, Land zu besitzen.“ Aber auch im eigenen Haus müsse man gut hinschauen. Etwa bei der Frage, wie Kirchenland bewirtschaftet werde. Hier liege noch „ein großes Stück Weg“ vor der Kirche.

Die Kirche ist der größte private Grundbesitzer in Deutschland, insbesondere auch von landwirtschaftlichen Ackerflächen und Forst. Die römisch-katholische Kirche ist mit 8 250 km² Grundeigentum größter privater Grundbesitzer in Deutschland. Der Sozialwissenschaftler Carsten Frerk führte im Jahr 2013 neue Berechnungen durch, nach denen sich das Vermögen der katholischen Kirche 2013 auf bis zu 200 Mrd. Euro belief. Die ca. 15 000 Kirchengemeinden der evangelischen Kirche verfügen insgesamt über einen Grundbesitz von ca. 325 000 Hektar.